

# **Pressestatement**

**Michael Sommer  
Vorsitzender des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)**

**Zur aktuellen Atompolitik der Bundesregierung**

**Pressekonferenz DGB, VZBV, DNR**

**am 27. Oktober 2010**

Sperrfrist 10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich Sie im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu dieser Pressekonferenz begrüßen zu können. Die falsche Weichenstellung der Bundesregierung in der Frage der Atompolitik und der zukünftigen Energiepolitik führt uns in dieser eher ungewöhnlichen Konstellation heute hier zusammen.

Die deutschen Gewerkschaften sehen in der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ein gesellschaftspolitisch falsches und fatales Signal. Statt falscher Lobbypolitik gegen die Mehrheit der Menschen braucht unser Land vielmehr eine intelligente und nachhaltige Industrie- und Dienstleistungspolitik mit einem sicheren und sauberem Energiemix, der uns zukunftsfest aufstellt.

Die Gewerkschaften stehen zu dem rot-grünen Atomausstieg. Wir sehen in der Atomenergie keine Brückentechnologie und erteilen der beabsichtigten Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken eine klare Absage. Diese rückwärtsgewandte Politik behindert die notwendigen Debatten und Entscheidungen um den Industriestandort Deutschland zukunftsfest aufzustellen. Die Atomenergie ist keine Zukunftstechnologie. Vielmehr sehen die Deutschen Gewerkschaften in der (heimischen) Kohle – auf dem modernsten Stand der Technik - die Brückentechnologie, um Deutschland in ein Zeitalter der regenerativen Energieversorgung zu führen.

Die Aufhebung des deutschen Atomkonsenses ist sowohl aus sachlichen wie auch aus gesellschaftspolitischen Gründen falsch. Ohne Not wird ein zwischen den Beteiligten erreichter fragiler Konsens zerstört und eine erneute gesellschaftliche Eskalation billigend in Kauf genommen. Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt längere Laufzeiten ab! Und darum demonstriert auch nicht mehr nur die Anti-AKW-Bewegung der 1990er Jahre, sondern der Protest kommt heute aus der Mitte der Gesellschaft. Eine Entwicklung die der Bundesregierung in den letzten Tagen und Wochen nicht verborgen geblieben sein dürfte. Die Politik setzt sich mit ihrer Entscheidung in gefährlicher Weise über den Willen der Menschen und eine demokratisch gefundene Entscheidung hinweg.

Auch aus sachlichen Gründen ist die Laufzeitverlängerung falsch. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als eine Festschreibung vergangener Verhältnisse und kein Aufbruch für eine sichere und saubere Energiezukunft für den Industriestandort Deutschland. Eine weitere Laufzeitverlängerung von bis zu 14 Jahren wird den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die nötigen Investitionen in Netze und das Tempo für neuartige Speicher nicht fördern. Ganz im Gegenteil. Die Bundesregierung nimmt bewusst Druck aus diesen Entscheidungen und behindert Maßnahmen zur Effizienzsteigerung sowie die dringend nötigen Investitionen in CO<sub>2</sub>-arme Gas- und Kohlekraftwerke. Wer Vorreiter in der Klimapolitik sein will, setzt mit der Atompolitik eindeutig auf einen lahmen Gaul.

### **Brennelementesteuer ist richtig**

Die Erhebung einer Brennelementesteuer als Abgabe der Energiekonzerne für die Zusatzgewinne aus dem Emissionshandel ist richtig - sie ist für Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig. In einer demokratischen Republik müssen Abgaben und Steuern aber stets durch Regierung und Parlament festgelegt werden und dürfen nicht durch Verträge mit gesellschaftlichen Gruppen oder Monopol-Unternehmen wie auf einem Basar ausgehandelt werden. Dies ist ein zutiefst undemokratisches Vorgehen.

Die Steuer auf sechs Jahre zu begrenzen ist falsch. Und sie anschließend durch eine vertragliche Abgabe auf freiwilliger Basis mit den Kernkraftbetreibern zu ersetzen, lehnt der DGB aus verfassungsrechtlichen Gründen strikt ab.

## **Sicherheit und Endlagerung offen**

Mit der Laufzeitverlängerung stellt sich gleichsam die Sicherheitsfrage der Kernkraftwerke, die bisher nicht im Ansatz zufriedenstellend beantwortet ist. Zum einen, weil es keine hinreichenden Lösungsvorschläge für die reale Gefahr von Flugzeugabstürzen gibt. Zum anderen weil je älter die Kraftwerke sind, umso störanfälliger werden sie. Die Verlängerung ist also auch aus Sicherheitsgründen unverantwortlich.

Es ist zutiefst ungerecht, die Gewinne zu privatisieren und die Kosten und Risiken der Gesellschaft aufzubürden. Die Energiekonzerne müssen an den Kosten für die Erforschung von Endlagern und der Entsorgung radioaktiven Mülls zwingend beteiligt werden. Eine ausschließliche Finanzierung aus Steuermitteln der Bundesbürger lehnt der Deutsche Gewerkschaftsbund ab.

## **Ein Jahr schwarz-gelbe Bundesregierung**

Lassen Sie mich abschließend noch eine kurze Bemerkung zu einem Jahr schwarz-gelb machen. Leider sind unsere Befürchtungen eingetreten: Die Politik der konservativ-liberale Regierung verschärft die Ungerechtigkeit in diesem Land - die Armen werden immer Ärmer und die Reichen immer Reicher. Nicht nur in der Atompolitik hat diese Bundesregierung den falschen Weg eingeschlagen und verliert die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus dem Blick. Klamme Kommunen, das Festhalten an der Rente mit 67, der Missbrauch der Leiharbeit, ein fauler Ausbildungspakt, Lohnsubvention durch Hartz IV oder auch die unsoziale Kopfpauschale machen deutlich, dass es nicht gerecht in diesem Land zu geht. Die soziale Balance gehört offensichtlich der Vergangenheit an.

Auch aus diesem Grund werden die Gewerkschaften in den nächsten Wochen mit mehreren hundert Veranstaltungen und Aktionen in den Betrieben und Verwaltungen auf die soziale Schieflage in diesem Land aufmerksam machen und Gerechtigkeit einfordern. Dazu gehört auch die Einhaltung des geltenden Atomkonsenses.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Weitere Informationen zu den Herbstaktionen der Gewerkschaften finden Sie unter:  
[www.herbstaktion.dgb.de](http://www.herbstaktion.dgb.de)